

Ein sozialistisches Programm für die unterentwickelten Länder

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **32 (1953)**

Heft 6

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336727>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Geldsorgen bereiten: Sie würden der Schlaflosigkeit im Reichtum die Lust und Müdigkeit der Glieder in der Armut vorziehen!

«Literatur als Nebenbeschäftigung» sagte ich — ein Bekenntnis. Vielleicht wird man mir nun entgegenhalten: Bekenne du für dich so viel du willst, aber bitte nicht zu unsern Lasten. Und so gewiß ich mit meinen Ausführungen nun zu Ende komme, ebenso gewiß wird man mich inquirieren, ob ich denn eigentlich meine, es müßten nun allesamt mit Schreiben aufhören, die es bisher bloß als literarische Nebenbeschäftigung betrieben hätten.

Darauf wäre zu antworten, daß eine solche Frage ja ohnehin nur dem rhetorischen Zwecke dient, mich in die Verlegenheit zu versetzen, endlich einmal Farbe zu bekennen. Und überdies wäre zu erwidern: Wozu haben wir denn einen Schriftstellerverein mit voll überlastetem Sekretariat, wenn niemand mehr schreiben wollte als die paar Berufsschriftsteller? Und schließlich: Möge ein jeder nach seiner Façon selig werden. Denn muß nicht jeder für seine eigenen Sünden einstehen? Aber die schlechten Christen sind es nicht, woran die Sünden nagen! So auch in der Literatur.

J. W. BRÜGEL

Ein sozialistisches Programm für die unterentwickelten Länder

Nach einer gründlichen, ein ganzes Jahr umfassenden Vorarbeit und einer eingehenden Diskussion hat der Mailänder Kongreß der Sozialistischen Internationale im Oktober 1952 eine Prinzipienklärung als Grundlage einer sozialistischen Politik für die unterentwickelten Länder beschlossen. Sie ist als eine organische Ergänzung der im Juli 1951 in Frankfurt verkündeten Deklaration über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus¹ aufzufassen. Es war nicht das erste Mal, daß sich Sozialisten auf einer internationalen Ebene grundsätzlich mit der Tatsache auseinandersetzen versuchten, daß es nicht nur innerhalb der einzelnen Völker Besitzende und Besitzlose gibt, sondern daß auch zwischen den Völkern eine Klassenscheidung besteht. (Der schwedische Sozialist *Sterner* hat in Mailand den Vergleich gebraucht, daß man die Europäer als den Mittelstand der Welt bezeichnen könne, während die Bewohner der unterentwickelten Länder das Proletariat bilden.) Das letzte Mal geschah dies im August 1928, als der *Brüsseler* Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale den Entwurf eines von der Kolonialkommission der Organisation ausgearbeiteten Kolonialprogramms annahm. Dieses

¹ Der Wortlaut der Erklärung ist im Heft 7/1951 dieser Zeitschrift enthalten.

Programm ging auf einen Beschluß des Marseiller Kongresses (1925) zurück und gründete sich auf den Ergebnissen einer Umfrage bei den unmittelbar interessierten sozialistischen Parteien. Es ist recht interessant, nicht nur die beiden Deklarationen von 1928, beziehungsweise von 1952, sondern auch das Material, aus dem ihre Autoren schöpften, miteinander zu vergleichen. 1928 gab es fast nur in französischen Kolonien, dank der Initiative der SFIO, sozialistische Parteien; in der SFIO-Delegation zum Brüsseler Kongreß war einer der Delegierten ein Neger aus Madagaskar, der auch zum Kolonialprogramm das Wort ergriff. Diese Parteien von 1928 sind leider fast alle vom Wind verweht, aber anderswo sind viel mehr neue und viel lebenskräftigere entstanden. Sie hatten an der Ausarbeitung des Programms von 1952 ihren vollen Anteil, ihre Argumente wurden sorgfältig geprüft, zum Großteil wurde ihnen Rechnung getragen. 1928 verlangte man noch Freiheit für Indien und Unabhängigkeit für Ägypten und die Philippinen. Viel hat sich seither zum Bessern gewendet, vieles ist gleich geblieben, und vieles ist insofern schlechter geworden, als sich der vollen Emanzipation der um ihren gerechten Anteil an den Gütern der Erde betrogenen Völker neue Gefahren in den Weg stellten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Erklärungen von 1928 und 1952 ist, daß man in Brüssel nur das Kolonialproblem und dessen Abschaffung, also die Tatsache vor Augen hatte, daß Millionen Menschen unter fremder Herrschaft stehen und ihr Schicksal nicht selbst zu bestimmen vermögen, während man in Mailand den viel weitergehenden Aufgaben einer organisierten Hilfeleistung für alle unterentwickelten Gebiete der Welt ins Auge zu sehen versuchte, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um selbständige Staaten oder um von andern abhängige Gebiete handelt. (Das diskreditierte Wort «Kolonien» verschwindet immer mehr aus dem Sprachgebrauch. Die Charta der Vereinten Nationen spricht von «non-selfgoverning territories» («Gebieten ohne Selbstregierung»). Dabei ist die Forderung nach der Abschaffung des Kolonialsystems dort, wo es immer noch besteht, natürlich den beiden Erklärungen gemeinsam, und die sozialistische Haltung gegenüber kolonialer Ausbeutung hat keine Änderung erfahren. Hinzugekommen ist aber auf Grund der gemachten Erfahrungen die Erkenntnis, daß das bloße Abschütteln von Fesseln, mag es auch an sich äußerst wünschenswert sein und mag es auch ungeheure schöpferische Energien zur Entfaltung bringen, weder zur Lösung der Probleme der frei gewordenen Völker genügt, noch auch diese davor bewahrt, das Opfer einheimischer und ausländischer Ausbeuter zu werden. Es kann sich also nicht nur darum handeln, mündig gewordenen Völkern zur Freiheit zu verhelfen und andern dazu zu verhelfen, daß sie mündig werden, sondern darüber hinaus im Wege eines Weltplanes der gegenseitigen Hilfe die politische, soziale und wirtschaftliche Emanzipation *aller* vom Kapitalismus in ihrer Gesamtheit benachteiligten Völker zu ermöglichen.

Negativer Antikolonialismus genügt nicht

Die Ablehnung auch gemilderter Formen kolonialer Ausbeutung ist für Sozialisten kein Diskussionsgegenstand, ebenso wie sich ihr kompromißloser Kampf gegen Rassendünkel und Herrenvolkallüren in der extremen Form des Malanismus und in weniger extremen Formen als Selbstverständlichkeit aus dem sozialistischen Glaubensbekenntnis ergibt. Aber die Welt ist viel zu kompliziert geworden, als daß sie den Menschen immer nur die Wahl zwischen einem unverkennbaren Übel und einer unverkennbar günstigen Lösung ermöglichen würde. Ein gutes Beispiel dafür sind die Diskussionen um den Plan, aus Südrhodesien, Nordrhodesien und Nyassaland eine *zentralafrikanische Föderation* zu bilden. Dieser Plan stößt auf den entschiedenen Widerstand der eingeborenen Bevölkerung der drei Länder, die die überwiegende Mehrheit neben einer kleinen Schicht weißer Siedler bildet und zumindest in Südrhodesien der Herrschaft dieser Siedler schutzlos ausgeliefert ist. Sie fürchtet, mit Recht oder Unrecht, daß die Verwirklichung des Föderativprojektes den südrhodesischen Unrechtszustand auf das gesamte Territorium erstrecken würde. Die ablehnende Haltung der Negerbevölkerung bestimmt auch die Haltung, die die britische Arbeiterpartei zu dem Projekt einnimmt; das ist vom Standpunkt der Solidarität mit unterdrückten Menschen und Völkern richtig und erfreulich. Aber innerhalb der Partei wurden sehr ernste Stimmen laut, die darauf hinwiesen, daß die wünschenswerte Emanzipation der Neger Mittelafrikas überhaupt erst erreicht werden könne, sobald durch den Zusammenschluß der drei Gebiete die hierfür nötigen Voraussetzungen geschaffen sind. Die Tatsache, daß die Eingeborenen diese Zusammenhänge nicht zu sehen vermögen, dürfe kein Grund dafür sein, einen Schritt zu unterlassen, der sich zu ihrem Segen auswirken würde. Es sei nicht untersucht, wer hier recht hat; aber diese Auseinandersetzung zeigt, daß die Probleme zu kompliziert sind, um nur mit den negativen Mitteln eines noch so berechtigten Antikolonialismus gelöst zu werden. Darum müssen die europäischen sozialistischen Parteien Verständnis dafür aufbringen, daß und warum ihre besten Absichten oft von denen, denen sie gelten, mißdeutet werden. Das ist zum Beispiel dem französischen Sozialisten André *Bidet* passiert, der, von Beruf Lehrer, Jahrzehnte in Tunis gelebt und sein ganzes Leben dem Kampf für das gleiche Recht der Kolonialvölker gewidmet hat. Nichtsdestoweniger wurden ihm auf der Konferenz der asiatischen Sozialisten in *Rangun* bittere Vorwürfe wegen Unterstützung des Kolonialregimes gemacht, obwohl er nachweisen konnte, daß die Vorschläge seiner Partei viel radikaler waren als die der tunesischen Nationalisten. Seine Entschlossenheit, den für die französischen Sozialisten traditionellen Weg des Antikolonialismus weiterzugehen, dürfte das aber nicht beeinträchtigt haben.

Die Deklaration von Mailand, die klugerweise Versuche zur Definierung des Begriffes der unterentwickelten Gebiete unterläßt, gliedert sich — nach einer Präambel — logisch in je eine Zusammenfassung der Aufgaben, die den Sozialisten der Hilfe bedürftigen Länder sowie denen der entwickelten und zur Hilfeleistung berufenen Länder gestellt sind, um in die Forderung nach einem Weltplan für gegenseitige Hilfe auszuklingen. Sie beantwortet natürlich nicht *alle* Fragen, die der Gegenstand aufwirft. Sie sagt nicht, ob die Hilfe gewährenden Länder sich jedes Einflusses auf deren Verwendung begeben sollen, da es offenkundig ist, daß hier keine allgemeine Regel aufgestellt werden kann. Kein demokratisch gewähltes Parlament wird sich bereitfinden, Zuwendungen zu machen, die nur dazu da sind, die Herrschaft irgendeines Mossadeghs oder eines Faruks seligen Angedenkens zu festigen, ohne daß die betreffenden Völker daraus irgendeinen Gewinn ziehen könnten. Andererseits würde die Beschränkung der Hilfe auf Länder, deren Regime den hilfeleistenden Ländern genehm sind, die verderblichsten Auswirkungen haben.

Die verschiedenen Kolonialregimes haben, oft unzulänglich und vielleicht nicht mit den richtigen Mitteln, auf die Eindämmung barbarischer Sitten bei primitiven Völkern hingearbeitet. Wird die von den Sozialisten verlangte freiwillige Räumung heute noch unselbständiger Gebiete durch die sie verwaltende Staaten nicht zu neuen Exzessen von meist auf Aberglauben beruhender Barbarei bei den Völkern führen, die man auf ein höheres Niveau bringen will? In Abessinien ist das Abhacken einer Hand als Strafe für Diebstahl noch immer sozusagen «legal». In vielen Gegenden Afrikas müssen sich junge Mädchen schmerzhaft und gesundheitsschädliche Operationen an den Geschlechtsorganen gefallen lassen. An der Goldküste ist kürzlich erst ein Versuch, die Strafe des Auspeitschens abzuschaffen, am Widerstand der farbigen Mitglieder des Parlaments gescheitert. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, aber es ist nicht leicht, in einer kurzen Formel auszudrücken, wie sich Sozialisten hier im Widerstreit legitimer Interessen verhalten sollen, damit die Freiheit, sein Schicksal selbst zu bestimmen, nicht zu einem Freibrief für atavistische barbarische Instinkte wird.

Das hängt eng mit der Frage zusammen, wie sich die Sozialisten überhaupt und die der unterentwickelten Länder im besondern zum Nationalismus der erwachenden Nationen stellen sollen. Es ist nur natürlich, daß die nationale Note im Bewußtsein der Sozialisten national und sozial unterdrückter Länder eine starke Komponente ist — das war in Europa vor 30 und mehr Jahren nicht anders. Die Erklärung von Mailand unterscheidet zwischen dem Chauvinismus, der abzulehnen ist, «weil er die internationale Solidarität leugnet», und dem Erwachen eines gesunden Nationalbewußtseins als einer «Phase in der Emanzipation der Völker». Die Aufgabe der Sozialisten muß es sein, den

berechtigten nationalen Aspirationen den sozialen und wirtschaftlichen Inhalt zu geben und sie in die Kanäle internationaler freundschaftlicher Zusammenarbeit zu leiten.

Es verdient in diesem Zusammenhang vermerkt zu werden, daß die Konferenz von Rangun (6.—15. Januar 1953) sich hier wesentlich positiver ausgedrückt hat, was weiter nicht verwunderlich ist. In der von ihr angenommenen Erklärung über Aufgaben und Ziele des Sozialismus heißt es:

«Der Nationalismus in den kolonialen und den sogenannten rückständigen Ländern teilt mit dem Sozialismus die leidenschaftliche Hingabe an Freiheit und Gerechtigkeit. Mag sein, daß sich nach Erlangung der Unabhängigkeit die Wege trennen werden. Solange aber der Kampf für die Unabhängigkeit andauert, sind Sozialisten und Nationalisten Waffengefährten; ihnen ist oft auch die gleiche Wertung der demokratischen Rechte des Menschen eigen.»

In der den kolonialen Freiheitsbewegungen gewidmeten Resolution wird gesagt:

«Unsere aktive Zusammenarbeit mit den Freiheitskämpfern wird diesen Bewegungen eine sozialistische Orientierung geben und so die Erfüllung ihres Zweckes gegen die Absichten der Kapitalisten und der Kommunisten sichern.»

Private oder öffentliche Investitionen?

Die Deklaration von Mailand, die den demokratischen Sozialismus als die einzige Alternative zu kolonialer Ausbeutung und kominformistischer Versklavung proklamiert, spricht an einigen Stellen von der Notwendigkeit der finanziellen Hilfeleistung seitens der fortgeschritteneren Länder an die ärmeren, die aus eigener Kraft die notwendigen Kapitalien nicht aufzubringen vermögen. Sie sagt, daß es sich in manchen Fällen um Schenkungen und nicht um rückzahlbare Darlehen handeln müssen. Was den verbleibenden Sektor betrifft, wird nichts darüber gesagt, ob man nur öffentlich-rechtliche Kreditgeber wie Staaten oder auch die Möglichkeit privater Investitionen in unterentwickelten Ländern ins Auge faßt. Sie werden also, auch wenn man den Weg über eine internationale Investitionsbank vorzieht, nicht abgelehnt, aber die naheliegenden Befürchtungen, daß hier neue Möglichkeiten der Ausbeutung geschaffen werden könnten, kann man leicht durch den Hinweis darauf zerstreuen, daß sich das Privatkapital ohnehin kaum zu solchen vom Standpunkt der Rentabilität und auch sonst höchst unsicheren Investitionen veranlaßt fühlen wird. Der Einwendung, daß auch Zuschüsse aus dem Budget der Vereinigten Staaten den Charakter eines Wirtschaftsimperialismus und Expansionismus haben können, ist der Berichterstatter der Redaktionskommis-

sion, der Holländer H. Vos, in Mailand mit einem einfachen Argument entgegengetreten: Nach Abschluß des Marshall-Plans war Europa stärker und weniger von den Vereinigten Staaten abhängig als vorher! Er hätte auch hinzufügen können, daß der Sowjetblock — im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten — an die bestehende Organisation der Vereinten Nationen für technische Hilfe weder materiell noch auch durch Beistellung von Fachleuten noch auch sonst irgendwie den allergeringsten Beitrag geleistet hat.

Die Frage der Bevölkerungspolitik

Eine schon während der Vorbereitungsarbeit² und dann in Mailand am stärksten umstrittenen Forderungen war das Verlangen der skandinavischen Parteien nach Aufnahme eines Absatzes in die Erklärung, der sich für eine Politik der Planung auch auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik in den unterentwickelten Ländern ausspricht. Die schwedische Sozialistin Inga Thorsson verwies in Mailand darauf, daß die Bevölkerung der Welt, die jetzt ungefähr 2,4 Milliarden beträgt, sich täglich um 70 000 Menschen vermehrt — und das zu einem Zeitpunkt, da die Hälfte der Bevölkerung zu einem Lebensniveau verurteilt ist, das gerade nur das Vegetieren ermöglicht. Es sei darum nötig, die Kenntnis der Möglichkeiten, die Geburtenzahl zu beschränken, in die Länder zu tragen, die aus Unwissenheit einen unverhältnismäßig großen Zuwachs an künftigen Bettlern haben. André Bidet warnte namens der französischen Partei vor dem Aussprechen solcher Empfehlungen. «Ist es nicht etwas merkwürdig», sagte er, «daß wir Hilfe anbieten, aber gleichzeitig sagen: eigentlich sind viel zu viele von euch da!» Der indische Redner M. S. Gokhale teilte diese Bedenken aber nicht; in Indien hat man bekanntlich mit einer planmäßigen Geburtenpolitik begonnen, und sie ist auch Bestandteil des jüngst verkündeten ersten Fünfjahresplanes der Regierung. Man einigte sich schließlich in Mailand auf eine Kompromißformel, die die Notwendigkeit des weiteren Studiums der Probleme des Bevölkerungszuwachses und der Wanderung betont.

Internationalisierung des Kolonialproblems?

In einem wesentlichen Punkt unterscheidet sich die Erklärung von Mailand von dem Brüsseler Kolonialprogramm des Jahres 1928. Damals war man der Auffassung, die vor allem die Labour Party verfocht, daß das Mandatssystem des Völkerbundes, das heißt die Unterstellung gewisser Kolonialgebiete

² Siehe dazu den Aufsatz des Verfassers: Um ein sozialistisches Programm für die unentwickelten Länder, im Heft 5/6 / 1952 dieser Zeitschrift.

unter die Aufsicht einer internationalen Organisation, einen Weg zur Emanzipierung abhängiger Völker bilde. Mandatsgebiete waren außer den ehemaligen deutschen Kolonien Teile des ehemaligen Ottomanischen Reiches (Palästina, Syrien, Libanon und Irak), die inzwischen Selbständigkeit erlangt haben. Der Internationale Sozialistenkongreß von 1928 wollte dieses System auf das ganze tropische und subtropische Afrika sowie auf ähnliche Gebiete in andern Erdteilen ausgedehnt wissen. Diese Forderung wurde fallen gelassen, obwohl Sozialisten seit jeher internationale Lösungen solchen vorzogen, die sich nur im Rahmen *eines* Staates vollzogen. Die Gründe für diese Sinneswandlung sind verschiedener Natur. An die Stelle des Mandatssystems des Völkerbundes ist das Treuhandschaftssystem der Vereinten Nationen getreten. Außerdem macht die Charta der Vereinten Nationen einen zaghaften Versuch, die internationale Kontrolle auch auf koloniale Gebiete auszudehnen. Mitgliedstaaten, die solche Territorien verwalten, sind verpflichtet, über den dort erzielten Fortschritt auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet alljährliche Berichte vorzulegen. Über die Verfassungsentwicklung oder ihr Fehlen muß also nicht berichtet werden, und die Berichte gelten ausdrücklich nur zur «Information», nicht zur Beurteilung. Immerhin ist dies ein kleiner Schritt vorwärts. Die kolonienverwaltenden Staaten legen aber diese Bestimmung so eng als nur möglich aus und wehren sich mit Händen und Füßen gegen alle Versuche, auf diese Weise eine internationale Kontrolle zu ermöglichen, so daß von der ganzen Sache kaum mehr übrigbleibt als bedrucktes Papier. Sie begründen diese Zurückhaltung mit der tatsächlich höchst unsachlichen Kritik, die diese Berichte sowie die über Treuhandsgebiete innerhalb der Organe der Vereinten Nationen finden, und zwar nicht nur seitens des Sowjetblocks, sondern auch seitens gewisser südamerikanischer Staaten, die sich zu Vorkämpfern für Dinge aufwerfen, die sie im eigenen Bereich ihren Bürgern verweigern, ohne daß das vor einem internationalen Forum erörtert werden dürfte. Sei dem wie immer, die Zurückhaltung der kolonienverwaltenden Länder nährt eher den Verdacht, daß sie etwas zu verbergen haben, als es ein Spielen mit offenen Karten tun könnte. Wichtiger scheint die aus der Labour Party kommende Einwendung, daß, gemessen an den Leistungen der Regierung Attlee und der Gewährung des Dominionsstatus, die Unterstellung kolonialer Gebiete unter die Aufsicht der Vereinten Nationen vom Standpunkt der betreffenden Völker aus kaum ein Fortschritt wäre. Das Ziel sei Selbständigkeit, nicht Internationalisierung des bestehenden Zustandes. Das trifft sicherlich im Falle *Ceylons* zu und wird hoffentlich auch im Falle *Malayas* stimmen; läßt sich das gleiche aber auch für Gebiete anführen, die nicht so weit fortgeschritten sind? Und gilt das auch für Frankreich, das einer internationalen Erörterung der Probleme *Tunis* und *Marokko* ebenso stürmisch widersprach, als sie von andern Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verlangt wurde? Der völlige und bedingungslose Verzicht auf eine Internationa-

lisierung des Kolonialproblems scheint also vom sozialistischen Standpunkt auch in Anbetracht aller inzwischen gemachten Erfahrungen nicht ganz gerechtfertigt.

Die Achillesferse der freien Welt

Der frühere Labourminister *Kenneth Younger* hat kürzlich die Ungelöstheit des Problems der unterentwickelten Gebiete als die Achillesferse der freien Welt bezeichnet. Das ist ein wahres Wort, aber es ist auch eine Aufforderung zur Tat, für die die in Mailand beschlossene Erklärung nicht mehr als ein Richtungsweiser ist. «Eine Deklaration, und mag sie noch so schön sein, ist noch keine Nahrung für die Hungrigen, Abänderungsanträge sind keine Medizinen für Krankheiten, und eine Resolution ist noch keine Investition», sagte *H. Vos* zum Abschluß seines einführenden Referats in Mailand. Die Deklaration wendet sich an alle Sozialisten, an alle fortschrittlich gesinnten Menschen, auch an die in jenen Ländern, die keine direkte Beziehung zum Problem der unterentwickelten Teile der Welt haben. Ihnen wird es vor allem obliegen, das Bewußtsein dafür zu wecken, daß die vom Glück mehr begünstigten Länder hier eine *Schuld* abzutragen haben, und die öffentliche Meinung für die sicherlich nicht populäre Erkenntnis zu gewinnen, daß hier *Opfer* gebracht werden müssen, deren verständnislose Verweigerung die Grundlagen der abendländischen Zivilisation bedrohen könnte. Wer wagt zu behaupten, daß nach dieser Richtung schon genug geschehen ist?

Red.: Der Rat der Sozialistischen Internationale hat die Stellung der Sozialisten zum Kolonialismus auf die Tagesordnung des dritten Kongresses der Internationale gesetzt, der auf den 15. Juli nach Stockholm einberufen ist.